



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein bayerisches Programm zur erstmalige Aufnahme von 500 besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden (alleinlebende Frauen, Frauen mit Kindern, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung), die sich derzeit auf der griechischen Insel Lesbos aufhalten, zu entwickeln und durchzuführen.

Begründung:

Auf der griechischen Insel Lesbos leben derzeit sehr viele Flüchtlinge. Die dortigen Behörden sind mit ihrer Aufnahme, Unterbringung und Betreuung völlig überfordert. Die Zustände sind darum inzwischen katastrophal. Die Lebensbedingungen sind menschenunwürdig. Am meisten leiden darunter die Schwächsten. Sie müssen so schnell wie möglich aus dieser für sie lebensbedrohlichen Situation evakuiert werden. Bayern hat hier eine Chance, seine christlich-humanitäre Seite zu zeigen.

§ 23 Abs.1 Aufenthaltsgesetz gibt den Ländern grundsätzlich die Möglichkeit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Das zu entwickelnde bayerische Landesaufnahmeprogramm soll sich dabei in ein Gesamtkonzept humanitärer Aufnahmen seitens der Europäischen Union sowie des Bundes unter Einbeziehung des UNHCR einfügen. Es soll eine erstmalige Aufnahme von 500 Personen ermöglichen, die besonders gefährdeten, vulnerablen Gruppen angehören. Insbesondere sollen dieser Gruppe angehören: alleinlebende Frauen, Frauen mit Kindern, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung.

Für ein solches Landesprogramm gibt es bereits Vorbilder in Deutschland: Baden-Württemberg hat mit einem eigenen Landesprogramm Flüchtlinge aus Syrien und aus dem Nord-Irak aufgenommen – vor allem Frauen, die vor dem Terror des Daesh („IS“) geflohen waren. Der Landtag von Schleswig-Holstein hat bereits ebenfalls ein Landesaufnahmeprogramm beschlossen.